



Stadt Niederkassel

BESCHLUSSAUSFERTIGUNG

Auszug aus der Sitzung vom:	Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss	Niederschrift zur Sitzung 29.06.2010
-----------------------------	--	---

2. Bürgerantrag des BUND auf Reduzierung der kommunalen CO²-Emissionen

Dem Ausschuss lag folgender Sachverhalt zur Beratung und Beschlussfassung vor:

„Mit dem als Anlage beigefügten Bürgerantrag schlägt der BUND vor, der Rat der Stadt Niederkassel möge beschließen, dass die Stadt den von ihr beeinflussbaren CO²-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um 40% im Vergleich zum Basisjahr 1990 senkt.

Bezüglich weiterer Einzelheiten wird auf den beigefügten Antrag verwiesen.

Um Beratung und Beschlussfassung wird gebeten.“

Erster Beigeordneter Esch erläuterte, dass der Bürgerantrag des BUND für die Stadt Niederkassel nicht umsetzbar ist. Zunächst liegen der Stadt keinerlei Daten über den CO²-Ausstoß aus dem hier zugrunde zu legenden Basisjahr 1990 vor. Insbesondere sieht die Verwaltung keine Möglichkeit, entsprechende Daten aus den Verbrauchssektoren private Haushalte, Verkehr, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen zu erlangen.

Für die Durchführung einer solchen umfassenden Erhebung fehlen der Stadt die personellen, die technischen und vor allem die finanziellen Mittel.

Aus dem Grunde sei die Aufstellung der geforderten CO²-Bilanz als Grundlage für die Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für die Stadt Niederkassel nicht möglich.

Herr Esch wies darauf hin, dass die Stadt sehr wohl bei den Maßnahmen, die sie selber beeinflussen kann – wie beispielsweise bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten öffentlicher Gebäude sowie bei Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen – bisher die Voraussetzungen für eine Reduzierung des CO²-Ausstoßes geschaffen hat und dieses auch weiterhin tun werde.

Ausschussmitglied Kitz (CDU) bestätigte diese Ansicht und wies vor allem auf die Berücksichtigung von CO²-reduzierenden Vorgaben beim Bau von Schulen und Kindergärten hin. Für eine entsprechende Einflussnahme auf die Verbrauchssektoren private Haushalte, Verkehr, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen seien andere Stellen als die Stadt zuständig.

Aus dem Grunde sei eine Unterstützung des Antrages in der vorliegenden Form nicht möglich.

Ausschussmitglied Auer (SPD) hielt die beantragten Maßnahmen dem Grunde nach für eine gute Idee, räumte jedoch ein, dass sie aufgrund der fehlenden Basisdaten in der Praxis nicht umsetzbar sind und daher abgelehnt werden müssen.

Ausschussmitglied Burger (FDP) vertrat ebenfalls die Ansicht, dass der Aufbau eines Klimaschutzkonzeptes in der vom BUND geforderten Art wegen fehlender



Stadt Niederkassel

Voraussetzungen nicht möglich ist. Er hob jedoch hervor, dass die Stadt sich in Richtung Schadstoffreduzierung bei den eigenen Maßnahmen auf dem richtigen Weg befinde und erinnerte insbesondere daran, dass ein Großteil der aus dem Konjunkturprogramm erhaltenen Mittel für die Durchführung energiesparender Maßnahmen verwendet wurde.

Ausschussmitglied Schlüter (Bündnis 90/Die Grünen) erklärte, der Aufruf des BUND spreche ihrer Partei voll aus dem Herzen. Sie sah jedoch ein, dass die Stadt aufgrund der Größenordnung der hierin geforderten Maßnahmen mangels fehlender Mittel überfordert ist.

Allerdings sei der Antrag zumindest dazu geeignet, eine notwendige Bewusstseinsveränderung in die richtige Richtung zu bewirken. So müsse die Stadt die eigene Verantwortlichkeit annehmen und sich verstärkt Gedanken darüber machen, welche Vorgaben sich über Jahre hinweg festlegen lassen.

Ausschussmitglied Dahl (DIE LINKE) schloss sich der Vorrednerin an und erklärte, das avisierte Reduktionsziel von 40 % sei sicherlich zu hoch angesetzt. Sie schlug vor, zu beobachten, wie andere Kommunen mit dem Thema umgehen und erkundigte sich, ob für die Maßnahmen ggf. eine finanzielle Unterstützung durch die Bundesregierung zu erwarten sei.

Erster Beigeordneter Esch teilte hierzu mit, dass es zwar Mittel für ein Klimaschutzkonzept, nicht jedoch für dessen Umsetzung gebe.

Herr Esch wies darauf hin, dass in letzter Zeit vermehrt Besprechungen stattgefunden haben über mögliche Vorgaben hinsichtlich energiesparender Maßnahmen - wie beispielsweise den Einbau von Voltaikanlagen oder Solardächern - die zu einer CO²-Reduzierung führen.

Beispielsweise seien Überlegungen angestellt worden, ob und wie eine Umsetzung umweltpolitischer Anforderungen in die Bauleitplanverfahren ermöglicht werden kann. Im Übrigen könne die Stadt jedoch auf den Privatmann nicht direkt sondern nur beratend und unterstützend einwirken.

Bürgermeister Vehreschild erklärte, die Stadt habe dem Bürger gegenüber eine Vorbildfunktion wahrzunehmen und wies als Beispiel darauf hin, dass in der Regel nur noch gasbetriebene Dienstfahrzeuge angeschafft werden.

Der Ausschuss fasste schließlich folgenden Beschluss:

Beschluss:

Der Haupt-, Finanz- und Beschwerdeausschuss der Stadt Niederkassel beschließt, den Bürgerantrag des BUND abzulehnen, da er für die Stadt Niederkassel nicht umsetzbar ist.

Ja 17 Nein 0 Enthaltung 2